



VORBILD PARIS

Wie macht man aus einer dicht verbaute Metropole eine Stadt, in der es sich trotz Klimakrise gut leben lässt?
Eine Reportage auf Seite 3



HERZ UND HIRN?

Die SPÖ verspricht den großen sozialen und ökologischen Aufbruch, ihre tatsächliche Regierungsarbeit geht aber in eine völlig andere Richtung. Seite 4



MUTLOSES BUDGET

Der oberösterreichische Haushalt ist nicht mehr als ein farbloses Zahlenwerk, das die soziale Sicherheit, Integration und Klimaschutz aushöhlt. Seite 6

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 128
DEZ. 2025 27. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH
OÖ.PLANET NR. 06/2025 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



LEISTBARES LEBEN UND SAUBERER STROM

Grüner Druck wirkt: Das kürzlich beschlossene Strommarktgesetz stärkt Klimaschutz, entlastet Menschen und Wirtschaft und zeigt, dass ohne Grüne keine faire Energiewende gelingt. Seite 2



SOZIALE SICHERHEIT BRAUCHT MEHR ALS ALMOSEN

In der Vorweihnachtszeit herrscht viel Hektik. Für mich ist der Advent aber auch die Zeit zum Nachdenken, für einen Blick zurück und nach innen. Dabei stelle ich mir auch die Frage, was unsere Aufgabe in der Politik ist. Und was es für sozialen Zusammenhalt braucht. Es ist gut und wertvoll, wenn wir näher zusammenrücken, den Menschen, die Unterstützung brauchen, helfen. Aber für ein Leben in Würde braucht es mehr als Almosen.

Da wäre zum einen die Bundesregierung gefordert, in der die SPÖ bei Familien spart, statt die Last auf breitere Schultern aufzuteilen. Aber auch in Oberösterreich sehen wir, wie ÖVP und FPÖ bei den Ärmsten kürzen. Bei alleinerziehenden Müttern, ja sogar bei Kindern. Man nimmt den Menschen die Unterstützung, die sich nach furchtbaren Erlebnissen zuhause, in unserer Heimat integrieren möchten. Und anstatt dafür zu sorgen, dass es den Menschen im Land wieder warm ums Herz wird, treibt

die Politik von Schwarz-Blau das Land in Richtung sozialen Gefrierpunkt.

Ist das wirklich der klügste Weg, das Budgetdefizit zu sanieren?

Ich hoffe, dass sich auch andere Politiker:innen in den nächsten Wochen diese Fragen stellen. Und vielleicht gerade in der kalten Jahreszeit wieder zurück finden zu den warmen Herzen in ihnen.

STEFAN KAINEDER
LANDESSPRECHER, DIE GRÜNEN OÖ



ZUGESPIKTZ

MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

ENGAGEMENT LÄSST SICH NICHT STREICHEN

2026 wird ein Jahr, in dem Oberösterreich beweist, dass Zukunft auch unter harten Rahmenbedingungen gestaltbar ist. Die schwarz-blaue Kürzungswelle trifft Soziales, Jugend, Integration, Klima und Kultur empfindlich – aber sie trifft auf eine Zivilgesellschaft, Gemeinden und Initiativen, die sich nicht einschüchtern lassen. Sie haben längst begonnen eigene, solidarische Antworten zu geben. Überall im Land entstehen neue Klimaschutzprojekte, soziale Nachbarschaftsnetze, Kulturinitiativen und Bildungsangebote, die zeigen: Engagement und Zusammenhalt lassen sich nicht streichen.

Für die Grünen ist 2026 daher kein Jahr der Resignation, sondern der Bündnisse. Gemeinsam mit vielen Partner:innen arbeiten sie daran, dass Investitionen in Klimaschutz, leistbares Wohnen, Kinderbetreuung, Pflege und öffentliche Mobilität zur neuen politischen Normalität werden. Jede zusätzlich gepflanzte Allee, jedes gerettete Sozialprojekt, jede neue Solaranlage und jede gestärkte Gemeinde ist ein konkreter Gegenentwurf zur Kürzungslogik – und ein Versprechen, dass Oberösterreich sozialer, ökologischer und gerechter aus dieser Krise hervorgehen kann...

... meint Marco Vanek, Chefredakteur

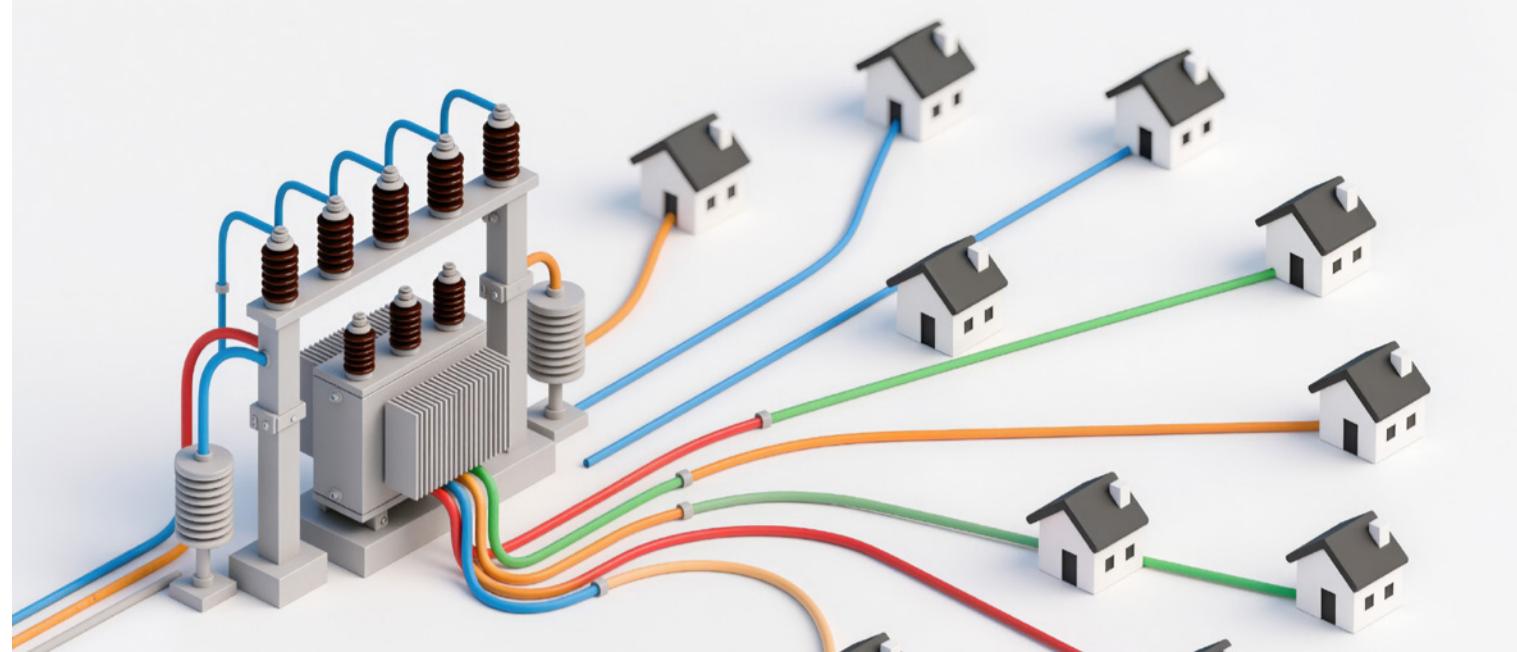


Foto: Flughafen Linz GmbH

WARNING VOR BRUCHLANDUNG

Die Linzer Grünen üben scharfe Kritik am Flughafen Linz und der aktuellen Eigentümerpolitik von Land und Stadt. Sie sehen den Airport in einer finanziellen und klimapolitischen Schieflage und werfen ÖVP, SPÖ und FPÖ vor, Probleme jahrelang ignoriert und ohne klare Strategie Millionen an Steuergeld nachgeschossen zu haben.

Aus Sicht der Grünen ist es unverantwortlich, weitere öffentliche Mittel in defizitäre Linienverbindungen wie die geplante Subvention von Kurzstreckenflügen nach Frankfurt zu stecken, während gleichzeitig beim Klimaschutz und leistbaren Öffis gespart werde. Sie warnen, dass ohne transparente Ziele und belastbares wirtschaftliches Konzept der nächste „Bauchfleck“ mit Steuergeld drohe.

**SAUBERER STROM UND LEISTBARES LEBEN**

Geht es in Österreichs Politik konkret um Klimaschutz, Energiewende und leistbares Leben, wird deutlich, wessen Prioritäten wo liegen. Das neue Strommarktgesetz hätte zum nächsten Bremsklotz für die Energiewende werden können. Die Grünen haben das verhindert.

BENJAMIN WIMMER

Der ursprüngliche Regierungsentwurf wollte ausgerechnet jene bestrafen, die Verantwortung übernommen haben: Menschen, die in Photovoltaik investiert haben, sauberen Strom produzieren und ihn ins Netz einspeisen. Minister Hattmannsdorfer plante einen „Österreich-Aufschlag“ auf heimischen Sonnenstrom,

also eine Einspeisegebühr, die hunderttausende private PV-Anlagen-Besitzer:innen belastet hätte. Das mitgelieferte fatale Signal: Klimaschutz lohnt sich nicht (mehr).

Die Grünen haben diesem Vorschlag die Giftzähne gezogen und dafür gesorgt, dass die tausenden Oberösterreicher:innen, die in die Energiezukunft investiert und PV-Anlagen auf ihren Dächern errichtet haben, nicht dafür bestraft werden. Gleichzeitig ist es aber auch ein großer Erfolg für all jene Haushalte und Industrieunternehmen, die weiterhin den eingespeisten sauberen, heimischen Strom beziehen können.

Denn Klimapolitik ist Sozialpolitik. Während ÖVP, SPÖ und NEOS Arbeitslose und Bezieher:innen von Notstandshilfe einfach übergehen wollten, war es den Grünen ein besonderes Anliegen, dass der Sozialtarif ausgeweitet wird. Über

40.000 zusätzliche Haushalte profitieren nun von günstigerem Strom. Denn es geht nicht nur um den Schutz unserer Lebensgrundlagen auf lange Sicht, sondern auch um ein leistbares Leben hier und jetzt.

Grüner Druck wirkt!

Dieses Strommarktgesetz zeigt auf ein Neues, wie wichtig Grüne Politik für unser Land ist. Grüne Politik bedeutet, dass Klimaschutz nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Menschen werden nicht belastet, sondern entlastet. Die Wirtschaft bekommt sauberer, günstigen Strom statt fossiler Abhängigkeiten. Und Grüne Politik heißt, wir arbeiten konstruktiv mit, wenn es um Verbesserungen für die Menschen in Österreich geht.

Wie wichtig der Druck ist, den die Grünen auf die Regierung ausüben, sieht man tagtäglich auch in Oberösterreich.

Schwarz-Blau blickt energiepolitisch in die Vergangenheit. Die Landes-Koalition serviert damit nicht nur den Menschen unverhältnismäßig hohe Stromrechnungen und Energiepreise, sondern gefährdet auch den Wirtschaftsstandort massiv.

„Über 40.000 zusätzliche Haushalte profitieren nun von günstigerem Strom.“

Oberösterreich braucht Grünen Druck statt schwarz-blauer Lethargie, es braucht Fortschritt statt Stillstand. Ohne Grüne keine Energiewende. Ohne Grüne kein sozial gerechter Klimaschutz. Dieses Strommarktgesetz ist kein grünes Wunschkoncert – aber es ist ein weiterer Beweis dafür, dass Österreichs Klimazukunft dort geschaffen wird, wo Grüne Verantwortung übernehmen.

VERBRENNER-AUS GESTOPPT

Kaineder warnt vor „Pyrrhus-Sieg“ für Lobby und herber Schlappe für Klimaschutz

Mit scharfen Worten kritisiert der Grüne Landessprecher Stefan Kaineder den Stopp des geplanten EU-Verbrenner-Aus. Die Kehrtwende der EU-Kommission beim Ausstieg aus Benzin- und Dieselmotoren sei „ein schmachvoller Akt“ und ein „Nackenschlag für den Klimaschutz“, der zugleich Europas Autoindustrie schwäche. Während in China längst massive in moderne E-Mobilität und Batterietechnologie investiert werde, klammere sich Europa

an eine auslaufende Technologie, warnt Kaineder. Die Entscheidung sei ein „Pyrrhus-Sieg der Verbrenner-Lobby“, der kurzfristig Jubel auslöse, langfristig aber Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit koste. Ein Teil der Verantwortung liege auch bei ÖVP und FPÖ in Oberösterreich, die das Verbrenner-Aus permanent bekämpft und mit ihrer rhetorischen „Technologieoffenheit“ Verunsicherung geschürt hätten, so Kaineder. Anstatt konsequent auf E-Mobilität zu setzen, würden damit alte Strukturen zementiert – zum Nachteil von Beschäftigten, Klima und europäischer Industrie.

GEWALTSCHUTZ-SYMPORIUM**Strategien gegen häusliche Gewalt und Femizide als gesamtgesellschaftlicher Auftrag**

Expert:innen-Talks, Raum für Diskussionen und Vernetzung werden im Zuge dieses Symposiums geboten.



25.03.2026, 9:30 bis 17:00
Gewaltschutz-Symposium
Sonnenstein Loft Linz
Eine Kooperation der Grünen Bildungswerkstatt OÖ mit dem Grünen Klub im OÖ Landtag und den Grünen Frauen OÖ oe.gbw.at/programm/symposium26

WIE SICH PARIS NEU ERFINDET

Wie macht man aus einer dicht verbauten Metropole eine Stadt, in der es sich trotz Klimakrise gut leben lässt? Paris versucht die Antwort zu geben: mit autofreien Schulstraßen, neuen Stadtwäldern und einem Öko-Quartier, das zum Labor für die urbane Zukunft geworden ist.

■ JULIA REITER

PARIS. Seit über einem Jahrzehnt arbeitet die Stadt der Liebe vehement daran, auch zur Stadt der Nachhaltigkeit zu werden. Zielstrebig werden versiegelte Plätze neu gestaltet, Straßen rückgebaut und mehr Platz für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zur Verfügung gestellt. Davon profitieren nicht nur die Pariser:innen, sondern auch das Stadtklima.

Drei ganze Tage hat die Delegation von Landesrat Stefan Kaineder in Paris verbracht, um sich vor Ort von den klimafreundlichen und vor allem bewohner:innenfreundlichen Transformationen ein Bild zu machen.

Transformation öffentlicher Plätze

Der Place de la Concorde, Place de la Bastille und der Place de la République zählen in Paris zu den größten Plätzen und waren bis vor ein paar Jahren noch von Autos umringt. In ihren letzten beiden Amtsperioden hat die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo Verkehrsflächen neu verteilt. Am Place de la Bastille wurden 50 neue Bäume gepflanzt, der stark befahrene Kreisverkehr wurde von einer hufeisenförmigen Fahrspur abgelöst und Radwege und Fuß-



Vor dem Pariser Rathaus ist ein Wald gesetzt worden. 2500 m² werden von 50 großen Bäumen und 20.000 kleineren Pflanzen eingenommen.

gängerzonen im Ausmaß von fast 7000m² geschaffen.

Transformation der Straßen

Paris hat ein Einzugsgebiet von 13 Mio. Einwohner:innen. Das sind viele Pendler:innen, die jeden Tag durch die Stadt müssen. Die Metro-Bahnen sind voll, die Straßen verstaut. Paris setzt deshalb auf eine weitere Lösung: Radverkehr. Nutzten 2018 nur etwa 2% der Pariser:innen das Fahrrad, so gab es 2024 bereits mehr Rad- als Autonutzer:innen. Geschafft hat Paris das mit einer saftigen Investition von 400 Millionen €. Ganze Fahrstreifen wurden zu



Place de la Bastille – beeindruckende Größenordnung

Radwegen umfunktioniert und die Verkehrskonzepte ganzer Stadtteile transformiert, um Fahrradstraßen zu ermöglichen. Zusätzlich setzt die Stadt auf gezielte Fortbildung seiner Bewohner:innen in Sachen Fahrradfahren.

Transformation von Grätzeln

Eine Vorreiterrolle übernimmt Paris nicht nur in Sachen Verkehrstransformation, sondern auch bei der Finanzierung von niederschwelligeren Klimawandelanpassungsmaßnahmen. Noch nie wurde so viel Geld für die Umgestaltung von öffent-



Geführten Radtour durch die Stadt Paris

lichem Raum zur Verfügung gestellt. Jeder Pariser Bezirk wurde mit etwa 30 Millionen € subventioniert, um gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort Begrünungsprojekte und Neuplanungen umzusetzen. Mit Stand 2025 wurden unter Hidalgo bereits 113 000 neue Bäume gepflanzt, 200 Gartenstraßen und mehrere Stadtwälder errichtet.

Transformation von Schulstraßen

Keine andere europäische Großstadt ist so dicht bebaut wie Paris. Innenhöfe und Schulgärten sind deshalb eher eine Seltenheit. Zu den Leuchtturmprojekten der Grünen Transformationen in Paris zählen deshalb auch die sogenannten Schulstraßen. Wo früher Zebrastreifen den Schulweg erkenntlich machten, halten heute Schranken Autos gänzlich fern und wo früher parkende Autos die Straße erhitzt haben, spenden Obstbäume nun Schatten und einen Ort zum Verweilen.

220

Straßen wurden in den letzten fünf Jahren in Paris dauerhaft für den Autoverkehr gesperrt, vor allem im Umfeld von Schulen. Geht es nach einer Volksabstimmung, sollen in den nächsten Jahren weitere 500 Straßenzüge autofrei werden.



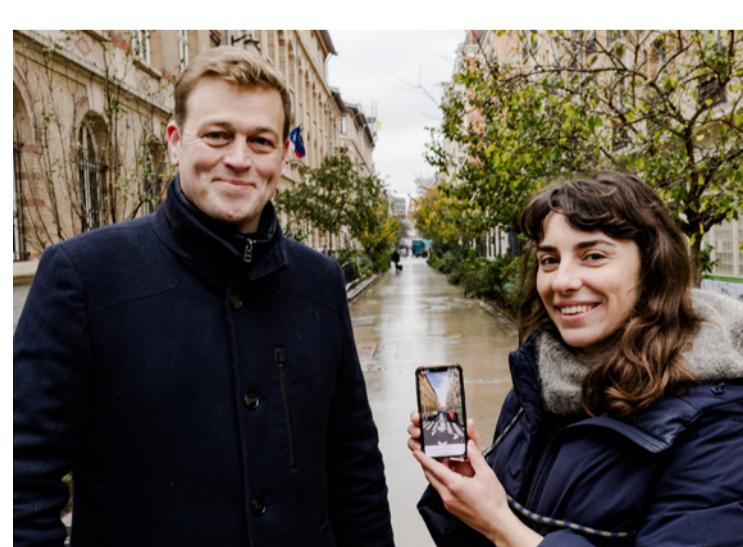
Clichy-Batignolles

Das Öko-Quartier Clichy-Batignolles im Nordwesten von Paris beeindruckt nicht nur durch seine Vielfalt, sondern auch seine Größe. 54 ha wurden von einem brachliegenden Bahnhofsareal in einen 10.000 Einwohner:innen schweren Stadtteil mit 10 ha Parkfläche verwandelt. Damit zählt das Projekt zu den Top-Transformationsprojekten im Großraum Paris. Über 15 Jahre wurde der Eco-Distrikt geplant und umgesetzt. Das Resultat ist auf mehreren Ebenen beeindruckend. Der 10ha große Martin-Luther Park beherbergt 500 verschiedene Pflanzenarten, die der Artenvielfalt im Park dienen. Große Wiesenflächen und mehrere Teiche sorgen vor allem im Sommer für Abkühlung und bieten nicht nur den Anrainer:innen Platz zum Spazieren, Joggen oder Picknicken, sondern auch Spielflächen für die angrenzenden Schulen und Kindergärten. Anders als viele Prestige-Neubauprojekte ist das Öko-Quartier aber nicht nur den Wohlhabenden vorbehalten. 50% der insgesamt 3400 Wohnungen werden als sozialer Wohnraum vermietet, 20% als herkömmliche Mietwohnungen und 30 % wurden als Eigentum zum Verkauf angeboten. Man kann sich vorstellen, die Nachfrage ist groß.

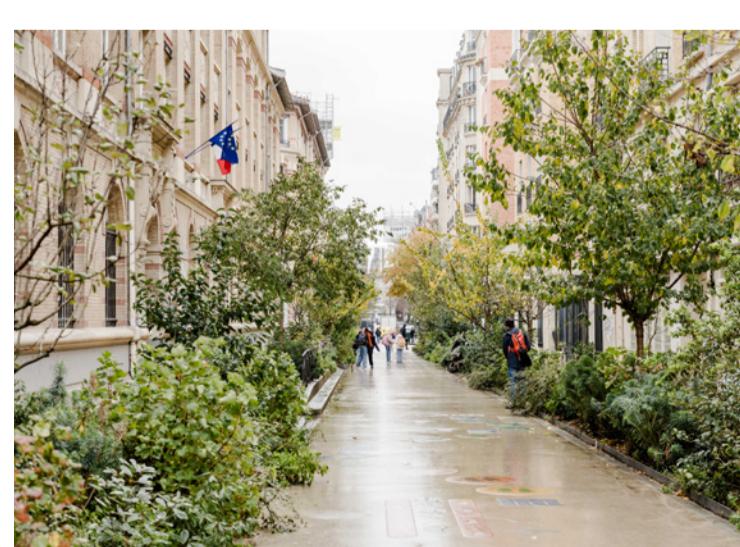
Das Öko-Quartier ist auch deshalb so beeindruckend, weil sich eine Gelegenheit wie diese so selten bietet. Es stellt eine Besonderheit dar in einer millionschweren Stadt einen ganzen Stadtteil neu erbauen zu können, und dabei sämtliche stadtplanerische Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte in die Umsetzung einfließen lassen zu können.



Fotos: www.vga-paris.fr



LR Kaineder und Priscilla Benedetti vor einer Schulstraße. Auf Google Maps ist die Straße noch vor ihrer Transformation zu sehen.



Schulstraßen sollen nicht nur die Sicherheit gewährleisten, sondern auch Schatten spenden und Aufenthaltsorte im Freien bieten.



Eva Schobesberger: „Ein völlig aus der Zeit gefallenes Bauwerk“

WESTRING-RODUNGEN IN LINZ

Hunderte Bäume fallen trotz Protest

Die umstrittenen Baumfällungen im Bergschlössl- und Ziegeleipark für den Bau des Westrings haben in Linz begonnen und stoßen bei den Grünen und Umweltstadträtin Eva Schobesberger auf scharfe Kritik.

Umfang der Rodungen

Rund um den Hauptbahnhof werden mindestens 240 bis 243 Bäume gefällt, darunter etwa 90 großkronige Altbäume mit mehr als 60 Zentimetern Stamm-durchmesser, die als besonders wertvoll für Stadt klima und Naherholung gelten. Betroffen sind der Bergschlösslpark, der Ziegeleipark und Bereiche der Bahnhofs-kreuzung, womit ein wichtiger Grüngürtel im dicht verbauten Bahnhofsviertel unwiederbringlich verloren geht.

Zukunftsvergessen

Umweltstadträtin Eva Schobesberger spricht von einem „völlig aus der Zeit gefallenen Bauwerk“, für das die ohnehin knappen Grünflächen geopfert würden, und warnt vor spürbaren negativen Effekten bis ins Volksgartenviertel. Besonders absurd sei, dass die Stadt Linz dieses „Steinzeitprojekt“ trotz massiver Nachteile auch noch mitfinanziere, anstatt den Baumbestand als „größten Schatz im Kampf gegen die zunehmende Hitze“ konsequent zu schützen.

Rodungen sofort stoppen

Die Linzer Grünen fordern einen sofortigen Stopp der Rodungen und ein Umdenken in der Verkehrspolitik weg von einer Autobahn mitten durch die Stadt. Angesichts von Protestcamp, Baum-Besetzungen und tausenden Unterstützungsunterschriften sehen sie die breite Ablehnung des Projekts in der Bevölkerung bestätigt und verlangen, dass Grünräume und kühlende Baumalleen Vorrang vor weiteren Verkehrsbauden haben.



WAR DAS GROSSE BABLER-VERSPRECHEN NUR EIN BABLER-VERSPRECHER?

Während die SPÖ öffentlich den großen sozialen und ökologischen Aufbruch – „Mit Herz und Hirn“ – verspricht, zeigt ihre tatsächliche Regierungsarbeit ein völlig anderes Gesicht. Eines, das Österreich in alten Mustern festhält und zentrale Zukunftsfragen ignoriert.

■ BENJAMIN WIMMER

Am sichtbarsten wird dieses Auseinanderdriften zwischen Plan und Umsetzung im Verkehrsressort unter Peter Hanke. Während die Grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler den Klimaschutz zur obersten Priorität und Österreich damit zu einem der Vorreiter in Europa macht, holt die SPÖ die Betonierer:innen von gestern zurück an den Schaltthebel. Milliarden für neue Autobahnen und Tunnel zeigen, worauf die SPÖ wirklich baut: mehr Asphalt, mehr Verkehr, mehr Zerstörung wertvoller Naturflächen. Dabei ist der Lobautunnel das wahnsinnigste Beispiel, gerechnet auf eine Legislaturperiode der Beton-Koalition, womöglich aber nur die Spitze des Schotterbergs.

So fügt sich die SPÖ passgenau in den Willen der selbsternannten Autofahrerpartei ÖVP ein, wie die Pendlerbusse in den morgendlichen Kolon-

nenverkehr. Um den Ausbau der Straßen finanzieren zu können, muss aber natürlich auch an mancher Stelle gekürzt werden. Praktischerweise liegt neben der Straßenbau-Kompetenz auch die Verantwortung für die ÖBB im Ressort von Bundesminister Hanke. Kürzungen beim Schienenausbau und im Bereich der Barrierefreiheit sowie die empfindliche Verteuerung des Klimatickets stellen finanzielle Mittel zur Verfügung. Einsparungen im öffentlichen Verkehr als Freifahrtschein für eine rückwärtsgewandte Betonpolitik – so sieht das sozialdemokratische Zukunftsversprechen aus. Man kann nur den (Schaffner-)Hut ziehen.

Leere Versprechen

In puncto Bodenschutz glänzt die SPÖ ebenfalls mit leeren Versprechen. Reduzierung

des Flächenverbrauchs? Nur auf dem Papier. In der Praxis werden in Bund und Ländern weiterhin wertvolle Böden versiegelt, Gewerbegebäuden ohne

eine gestaffelte Anpassung, die viele Menschen real schlechterstellen. Noch gravierender: Die große Umverteilung und die viel beschworene Reichen- oder Vermögenssteuer blieben im Regierungsalltag nichts weiter als PR-Schlagwörter. War das große Babler-Versprechen nur ein großer Babler-Versprecher?

Den Anspruch verlieren

Auf sein oder ihr Herz zu hören, ist das eine – spätestens, wenn man aber auf das Hirn hört, sollte man feststellen können, dass die SPÖ verloren hat. Nämlich den Anspruch, Versprechen zu halten, den Anspruch, als Arbeiter:innenpartei Politik für die Menschen zu machen und die Glaubwürdigkeit. Stellt man die Frage nach einem Weg für eine gute Zukunft in diesem Land, kann die Antwort nicht „SPÖ“ lauten.

Unter dem Deckmantel vermeintlicher „Vernunftpolitik“ setzt die SPÖ auf Entscheidungen, die entgegen aller Vernunft das atmosphärische sowie das soziale Klima weiter belasten.



Zukunftslogik ausgewiesen und Ortskerne ausbluten gelassen. Gerade in Oberösterreich zeigt sich, wie wenig die SPÖ bereit ist, tatsächliche Konsequenzen aus der Klimakrise zu ziehen.

Reale Schlechterstellung

Sozialpolitisch präsentiert sich dasselbe Muster. Die SPÖ versprach, kleine Pensionen zu schützen – liefert hat sie

AUSVERKAUF UNSERER HEIMAT

Ein Investor öffnet die Geldtasche, der ÖVP wird es warm ums Herz. Ein Investor möchte ein Luxushotel inmitten unserer idyllischen Landschaft bauen, die ÖVP ist begeistert. Viele Menschen sind gegen das Projekt, der ÖVP-Bürgermeister dafür. Bekannte Geschichte, neuer Schauplatz.

In Unterach am Attersee soll ein ehemaliger Gasthof verwandelt werden: In ein Resort-Hotel mit mehr als 300 Betten, einer Tiefgarage für 200 Park-

plätze, 700 Restaurant-Sitzplätzen. 7 Ebenen auf einem steilen Hang – in der 500-

Meter-Seeuferschutzzone, auf 8.000 Quadratmeter versiegeltem Boden. Einer Umwelt-



LR Kaineder vor Ort in Unterach mit besorgten Bürger:innen

verträglichkeitsprüfung bedarf das Projekt allerdings nicht, die festgelegten Schwellenwerte werden nicht erreicht. Das sei zur Kenntnis zu nehmen, sagt Stefan Kaineder als zuständiger Landesrat. Für ihn gibt es aber offene Fragen: „Droht hier das nächste völlig überdimensionierte Hotelprojekt an einem Ort, wo es in der geplanten Form überhaupt nicht in die Landschaft passt? Wer profitiert? Droht hier wieder ein Ausverkauf zu Gunsten von Immobilienspekulanten und zu Lasten der Region?“

DEUTSCH LERNEN UNTER DRUCK

Sprachkurse sind das Herzstück jeder Integrationspolitik – doch in Oberösterreich schlägt dieses Herz leiser. Hinter Schlagwörter wie „Konzentration auf das Wesentliche“ und „Effizienz“ verbirgt sich ein beinharter Sparkurs, der viele Chancen verkleinert wird.

■ MARCO VANEK

In den Budgetdebatten des Landes klingt der neue Kurs nüchtern: weniger Geld für Integration, dafür klare Prioritäten, mehr „Verbindlichkeit“ beim Deutschlernen. Auf der Ebene der Deutschkurse zeigt sich jedoch eine andere Realität – eine, in der Angebote leise verschwinden, Gruppen voller werden und aus Lernräumen zunehmend Kontrollräume werden.

Früher reichte die Palette vom niederschweligen Alltagsdeutsch im Stadtteilzentrum über Kurse für Mütter mit Kinderbetreuung bis hin zu speziellen Angeboten für ältere Zugewanderte oder Personen mit wenig Schulbildung. Heute berichten Träger von zusammengelegten Kursen, gestrichenen Standorten und Formaten, die einfach nicht mehr zustande kommen. Offiziell heißt das: „Doppelstrukturen abbauen“. Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedeutet es längere Wege, größere Gruppen und die Erfahrung, im Zweifel keinen passenden Kurs mehr zu finden.

Wer nicht mitkommt, fliegt

Hinzu kommt eine inhaltliche Verschiebung. Deutschkurse

werden enger mit Werten, Grundregeln und Orientierungskursen verknüpft, Anwesenheit und Lernerfolg stren-

ger kontrolliert. Wer zu häufig fehlt, langsamer lernt oder eine Prüfung wiederholen muss, sieht sich schneller mit drohenden Kürzungen bei Leistungen oder dem Verlust von Ansprüchen konfrontiert. Das vielzitierte „Fördern und Fordern“ kippt damit in der Praxis in ein System, in dem Fehler existenzielle Folgen haben können.

Besonders hart trifft dieser Kurs jene, für die Sprache ohnehin ein steiniger Weg ist: geflüchtete Frauen mit Kindern, Menschen mit Traumafolgen, funktionale Analphabet:innen, ältere Zugewanderte. Sie brauchen kleine Gruppen, Zeit, pädagogische Begleitung und verlässliche Bezugspersonen. Genau diese Elemente gelten im neuen Spardiktat als „zu teuer“ oder „nicht zwingend notwendig“. Dass ein Kurs auf dem Papier existiert, heißt für diese Gruppen längst nicht mehr, dass er real erreichbar ist.

Ein System, das Härte demonstriert

So entsteht ein stilles Paradox: Der Druck, schnell Deutsch zu lernen, steigt – während gleichzeitig jene Strukturen ausgedünnt werden, die aus einem formalen Recht auf Kurse eine reale Chance machen würden. Integration wird an Anwesenheitslisten und Prüfungsniveaus gemessen, nicht an der Frage, ob Menschen mit ihren Lebenslagen überhaupt mitkommen können. Was bleibt, ist ein System, das Härte demonstriert, aber Lernbereitschaft nicht stärkt, sondern verunsichert.

INTEGRATIONSBUDGETS IN SPRACHKURSE

Von den 10,6 Millionen Euro 2024 waren 4,6 Millionen Euro explizit für Deutschförderung vorgesehen.



2024:
€ 4,6 MIO

Damit floss fast die Hälfte des Integrationsbudgets in Sprachkurse, inklusive Ausbau auf etwa 5.200 Kursplätze sowie zusätzliche, mit dem ÖIF gemeinsam organisierte Kurse. Für 2026 sind im Bereich Deutsch lernen nur mehr 2 Millionen Euro vorgesehen.



2026:
€ 2,0 MIO

WAS SICH BEI DEUTSCHKURSEN ÄNDERT

Mit der Neuausrichtung des Integrationsbudgets werden in Oberösterreich die Mittel für Deutsch und Werte zwar als Schwerpunkt ausgewiesen, das Gesamtbudget für Integration aber reduziert. Betroffen sind vor allem ergänzende und niedrigschwellige Kursangebote, kleine Gruppen und Projekte mit sozial-pädagogischer Begleitung. Standardisierte Kurse nach Bundes- und AMS-Vorgaben

rücken in den Vordergrund, während flexible Formate in Stadtteilen oder ländlichen Regionen unter Druck geraten. Parallel dazu werden Teilnahme und Prüfungserfolg enger an Sozialleistungen gekoppelt, was den Druck auf Kursteilnehmende erhöht – insbesondere auf vulnerable Gruppen wie geflüchtete Frauen, Menschen mit wenigen Schuljahren oder psychischen Belastungen.

STILLE STATT KRACHER

Wie Haustiere unter dem Jahreswechsel leiden – und wie wir sie schützen können

■ MARCO VANEK

Zum Jahreswechsel ist die Nacht der guten Vorsätze für Menschen – für viele Haustiere jedoch die lauteste und stressreichste Nacht des Jahres. Während wir Raketen und Böller bestaunen, bedeuten die plötzlichen Knalle, Lichtblitze und Brandgerüche für Hunde, Katzen und Kleintiere häufig puren Ausnahmezustand. Ihre Sinne sind deutlich empfind-

licher; Geräusche und Lichter dringen intensiver und kaum vorhersehbar auf sie ein. Viele Tiere verkriechen sich, hecheln, zittern oder versuchen panisch zu fliehen, jedes Jahr gehen nach Mitternacht zahlreiche Hunde und Katzen verloren.

Vorbeugung beginnt Wochen vor Silvester: behutsame Gewöhnung an Geräusche, Beratung in der Tierarztpraxis und – wo nötig – angstlösende Medikamente oder beruhigende Hilfsmittel. Am Abend selbst helfen ein ruhiger Rückzugsraum, geschlossene

Fenster, Musik als Hintergrundgeräusch und verlässliche Nähe der Bezugsperson. Wer selbst ruhig bleibt und Normalität ausstrahlt, gibt dem Tier Sicherheit – und wirft nebenbei die Frage auf, ob die Kracheri den Stress für Tiere noch rechtfertigt.



REGENBOGENFEST 2026

25 JAHRE

GRÜNE ANDERSRUM OÖ

SA, 21.02.26 – 20:00



KLUB KANTINE TABAKFABRIK

Celebrate & Dance

DIE GRÜNEN
ANDERSRUM OÖ

DIE GRÜNEN ANDERSRUM STARTEN DURCH!

Seit April stehen Julia Mandlmayr und Alessandro Schatzmann an der Spitze der Grünen Andersrum OÖ und legen gleich los. In der Pride-Saison 2025 waren sie mit voller Energie bei jeder Pride in Oberösterreich präsent. Sichtbar, laut und solidarisch.

„Gemeinsam wollen wir die Grünen Andersrum OÖ neu aufstellen und mit Elan und Tatendrang in die Zukunft gehen“, sagen Julia und Alessandro. Denn queere Rechte sind kein Selbstläufer: In Zeiten von rechtem Hass, Rückschritten bei Gleichstellung und wachsendem Druck auf unsere Community braucht es eine starke, grüne und kämpferische Stimme – in der Politik und auf der Straße.

Du bist queer und noch kein Mitglied der Grünen Andersrum OÖ oder möchtest unseren Newsletter bekommen? Dann melde dich jetzt an:

oe.gruene.at/andersrum

Und es gibt Grund zu feiern:
25 Jahre Grüne Andersrum OÖ!

Save the Date fürs
Regenbogenfest 2026
Samstag, 21. Februar 2026
Tabakfabrik Linz / Einlass ab 20 Uhr

IMPRESSUM

oö.planet 06 /2025
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17

Herausgeberinnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Club der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger,

Mitarbeiter:innen und Autor:innen: Benjamin Wimmer, BA, Mag. Michael Svoboda, Severin Mayr, Dr. René Freund, Julia Reiter, Mag. Sandra Prommer Korrektorat: Mag. Barbara Vanek

Fotos: Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr, Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00, Mag. Richard Steinmetz service.oeo@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 21.000 Stück
Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende März 2026

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

...UND ES ZÄHLT
ZU DEN BESTEN

Unser Gesundheitssystem ist eines der besten weltweit. Dies mag in Anbetracht jüngster Vorfälle, hitziger Diskussionen und aufgeregter Beschlagnahmen kühn klingen. Aber wer schon in manch anderen Landen medizinische Hilfe ins Anspruch nehmen oder gar Spitäler aufsuchen musste, wird dies bestätigen. Aber natürlich ist nichts perfekt und auch in unserer Gesundheitsversorgung wartet einiges auf Optimierung. Was genau, weiß unsere frisch angelobte Gesundheits-sprecherin LAbg. Brigitte Huber-Reiter aus der täglichen Praxis und ist dem nebenstehenden Bericht zu entnehmen. Dass etwa die Digitalisierung noch nicht dort ist, wo sie sein sollte, können zweifellos viele Oberösterreicher:innen bestätigen, wenn sie etwa nach einem Röntgen im Spital der Meinung waren, dass der Hausarzt Zugriff auf Bild und aktuelle Daten hätte. Dem ist bei weitem nicht immer so, weil das ELGA-System weiterhin nur mangelhaft ausgerollt ist. Was könnte an Zeit und Ressourcen eingespart und anderer Stelle eingesetzt werden, wenn man die digitalen Instrumente voll nutzen würde. Zeitlast und Arbeitsdruck würde damit von den Mitarbeiter:innen genommen. Denn dass diese am oder schon über dem Belastungsgrenzen arbeiten, ist wahrlich keine neue Erkenntnis, sondern ein Schlüsselproblem, das längst auf Lösung wartet. Eine Lösung, von der auch die Patient:innen das grundsätzliche Vertrauen in das Gesundheitssystem profitieren würden. Logisch, aber warum wurde dies nicht längst gemacht, mag man einwenden. Eine gute Frage, die der verantwortlichen Politik dieser Tage wohl oftmals und zu Recht gestellt wird.

CAMP UND GRÖLEREI

„Oberösterreich bleibt leider ein Hotspot rechtsrandiger bis rechtsextremer Aufälligkeiten und Zusammenkünfte“, sieht die Grüne Extremismus-Sprecherin Anne-Sophie Bauer ein tiefgreifendes Problem im Land weiter ungelöst. Das Identitären-Camp am Laudachsee ist noch in frischer Erinnerung. Ein Treffen mit deutscher Beteiligung, völkischen Vorträgen und martialischem Kampfsport. Es folgte eine rassistische Grölerei in einem Gosauer Lokal. „Dass eine Truppe der FPÖ OÖ-Jugend im Lokal war, lässt wohl kaum Zweifel am Ursprung dieser Darbietung offen“, meint Bauer. Zudem sind ja die rechte bis rechtsextreme ideologische Ausrichtung der FPÖ OÖ-Jugend ebenso bekannt und dokumentiert wie die engen Kontakte, vor allem ihres Chefs zu den Identitären. Sowohl zu Camp als auch Grölerei laufen angeblich Ermittlungen. „Wir erwarten gespannt die Ergebnisse“, meint Bauer.

DER SOZIALE KÄLTEPOL
ÖSTERREICH

Schwarz-Blau inszeniert das Landesbudget als Ritual. Doch hinter den Jubelreden steckt ein farb- und mutloses Zahnenwerk, das Oberösterreichs soziale Sicherheit, Integration und Klimaschutz Stück für Stück aushöhlt.

■ MARKUS ECKER

Es gibt auch in der Politik Riten. Das Prozedere rund ums Landesbudget etwa. Immer im November von Schwarz-Blau abgefiebert wie eine finanzielle Offenbarung. Dann diskutiert, kritisiert und im dreitägigen Budgetlandtag im Dezember von der schwarz-blauen Koalitionsmehrheit ohne Änderung beschlossen. Basta. Um es klarzustellen: Das ist keine Gieringschätzung von Budgets an sich. Denn ohne Landshaushalt steht das Werk. „Aber Jahr für Jahr bekommen wir von ÖVP und FPÖ ein farb- und mutloses Zahnenwerk vorgesetzt. Und es wird immer schlimmer“, bilanziert der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr. Denn diesmal bedeuten die Zahlen

nicht nur gewohnten und gewöhnlichen Stillstand, sondern Rückschritt. „Die Koalition regiert in ihrer immer muffigeren Art am Land vorbei. Sie nimmt die wirklich wichtigen Themen gar nicht mehr wahr. Und damit sind nicht nur Klimaschutz und Energiewende gemeint. Wenn da jemals Innovations-Luft war, ist sie endgültig draußen“, sieht Mayr in diesem Budget eine schwarz-blaue Kapitulation. Und was macht diese Koalition in ihrem Abgesang? Sie lässt rechts-ideologisch Dampf ab, und zwar bei den Schwächsten der Gesellschaft. Es wird beispiellos gekürzt.

„Es geht ums Disziplinieren und Strafen.“

LaBg. Ines Vukajlović

Etwa im Integrationsbereich. Träger wie Migrare, Volkshilfe, Caritas und viele kleinere Organisationen verlieren bis zu 40 Prozent ihrer Förderungen. Es trifft Frauen, Kinder, Beratung, Sprachförderung und arbeitsmarktbezogene Projekte. Tiefe Kerben bekommt auch die Sozialhilfe ab. „Was hier gemacht wird, ist verantwortungslos. Es ist ohnehin seit langem sozial



kalt im Land, Schwarz-Blau steuert jetzt den Gefrierpunkt an“, meint die Grüne und Sozial- und Integrationssprecherin LAbg. Ines Vukajlović. Hürden werden nach oben gezogen, Zugänge zur Sozialhilfe erschwert. Der Generalverdacht des Sozialmissbrauchs ist greifbar. „Es wird misstraut, abgelehnt und sanktioniert. Es geht ums Disziplinieren und Strafen. Und nicht einmal, weil es sachlich sein muss, sondern man es ideologisch will“, meint Vukajlović.

Teure Auswirkungen

Dieses letzte soziale Netz ist bereits löchrig: Von 2021 bis 2024 ist die Zahl der Sozialhilfebezieher:innen um 25 Prozent gesunken – von 12.000 auf 9.185. Dieses Gesetz wird auch kaum jemanden neu in den Job bekommen. Denn 2/3 der Betroffenen sind Kinder, „working poor“ oder Pensionist:innen, die ohne Sozialhilfe zu wenig Einkommen haben. „Die Auswirkungen sind nicht nur tragisch, sondern auch teuer. Denn die Folgekosten, wenn Betroffene bei Gemeinden, Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhäusern und Beratungsstellen Unterstützung suchen, werden ausgeblendet. Dieses Gesetz ist kurzsichtig und gefährdet die soziale Sicherheit“, meint Vukajlović. Man muss die Armut bekämpfen und nicht die Armen, heißt es bekanntlich. Schwarz-Blau ist diese Logik fremd. Das ist mittlerweile klar. Dass aber auch der Bund und mit ihr die SPÖ auf diese verwerfliche OÖ-Modell schießt, sollte uns alle sorgen.

BODENSCHUTZ NICHT WOLLEN UND NICHT KÖNNEN

Wenn Schwarz-Blau an einem Gesetz bastelt, droht ein dürftiges Ergebnis. Auch – oder speziell, wenns um den Bodenschutz geht. Dass Oberösterreich weiter zubetoniert wird, ist ja bekannt. „Das liegt einerseits an mangelnden verpflichtenden Zielsetzungen beim Flächenverbrauch, Stichwort 2,5 ha-Ziel, und andererseits konkreten gesetzlichen Bestimmungen, die das sicherstellen“, meint der Grüne Raumordnungs- und Bodenschutzsprecher **Rudi Hemetsberger**.

Und dann gibt es mit dem Bodenschutzgesetz die zweite Säule für genug und gesunden

Boden. Es soll den Boden auch qualitativ schützen – etwa vor Erosion, Biodiversitätsverlust, Versauerung und den Folgen von Pestizidnutzung. Eine Novelle dazu haben ÖVP und FPÖ jetzt vor-gelegt und einmal bewiesen, „dass sie echten Bodenschutz nicht wirklich wollen“, bringt es Hemetsberger auf den Punkt. Denn es enthält wesentliche Ver-schlechterungen. Zum Beispiel bei der Datenlage. Denn künftig wird es weder Bodenbilanz, Bodeninformationsbericht noch Bodenentwicklungsprogramm geben. „Eine zentrale Arbeitsgrundlage wird gestrichen“,

„Planung und Maßnahmen für den Bodenschutz erfordern natürlich Zahlen und Daten. Darauf bewusst zu verzichten, bedeutet einen Blindflug ohne Ziel und Kontrolle“. Viel spannender ist aber eigentlich, was nicht in dem Gesetz stehen soll. Denn schließlich weist die Novelle grundsätzlich erhebliche Lücken auf. Oder wie es der OÖ. Umweltanwalt formuliert: „Es mangelt insbesondere an Regelungen zur nachhaltigen Flächennutzung und an der gesetzlichen Verpflichtung, dem ausufernden Bodenverbrauch tatsächlich Einhalt zu gebieten“.



DER FALL ROHRBACH

Nach dem tragischen Tod einer Frau muss nun die Gesundheitspolitik die Lehren daraus ziehen ohne zu skandalisieren.

■ MARKUS ECKER

Solche Tragödien gehen unter die Haut und aufs Gemüt. Um es aber klarzustellen, der Fall Rohrbach steht keinesfalls exemplarisch für unser Gesundheitssystem und Spitalswesen. Sicher nicht. Es war grob gesagt ein Zusammentreffen widrigster Umstände. Dennoch: wenn OP samt Nachversorgung einer Akutpatientin selbst in mehreren Spitätern nicht möglich ist, muss man genau hinschauen. Es macht etwas mit Land und Leuten, hat

Verunsicherung, Zweifel und etliche Fragen im Schlepptau. Mit letzterem befasst sich eine eigens eingerichtete Kommission. Natürlich geht es in einem ersten Schritt aufzuklären, „aber in einem weiteren dann daraus zu lernen, zu optimieren, Strukturen anzupassen und Vertrauen wiederherzustellen“, bringt es die Grüne Gesundheitssprecherin Brigitte Huber Reiter auf den Punkt:

Optimale Strukturen

Ein Beispiel: Dass in Notfällen wie diesem, andere Spitäler einzeln nacheinander angerufen werden müssen, ist wohl änderungswürdig. Ein Telefonat an eine koordinierende Stelle muss die Reaktionskette ins Laufen bringen. „Es wird immer über

Digitalisierung gesprochen, nur muss sie endlich umgesetzt werden. In allen Bereichen, vor allem auch in der Administration“, betont Huber-Reiter. Dies führt zum nächsten Punkt. Denn eine umfassende Digitalisierung gekoppelt mit optimierten Strukturen, würde die Mitarbeiter:innen merkbar entlasten. Und dies ist dringendst nötig. „Das Personal arbeitet an oder schon über der Grenze. Bei aller Aufopferungsbereitschaft und Professionalität – aber das schreit nach einer Änderung, meint Huber-Reiter und „in diesen Prozess gehört das Personal eingebunden.“

Denn Mitarbeiter:innen wissen bestens, was nötig wäre, damit sie optimal arbeiten können. Womit wir schließlich beim

Vertrauen angekommen sind. In zweierlei Hinsicht: Die Belegschaft muss vertrauen, dass die politische Verantwortlichkeit diese verbesserten Rahmenbedingungen herstellt. Deren Umsetzung kommt wiederum den Patient:innen zugute. „Wenn die Belegschaft optimal arbeiten kann, profitieren die Patient:innen und es stärkt deren Vertrauen in höchste Versorgungsqualität und damit in unser Gesundheitswesen“, meint Huber-Reiter. Was hier in wenigen Zeilen zusammengefasst ist, ist in der Praxis natürlich eine bemerkenswerte Aufgabe. Aber sie ist zu erfüllen, um unser Spitalswesen von hohem Niveau aus weiter zu verbessern. Dies bringt auf jeden Fall mehr als Skandalisierung und politische Instrumentalisierung.



MEHR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IM SPORT

Veritable Lücken beim Thema Geschlechtergerechtigkeit ortet der Grüne Sportsprecher **Reinhard Ammer** in der neuen Sportstrategie des Landes „Wenn wir wirklich allen Kindern und Jugendlichen dieselben Chancen geben wollen, müssen strukturelle Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abgebaut werden – sei es beim Zugang zu Sportangeboten, bei der Förderung oder in Führungsfunktionen in Vereinen“ meint Ammer. Zahlreiche Studien belegen, dass Mädchen im Nachwuchsbereich deutlich häufiger aus dem Sport aussteigen und weniger sichtbar sind. Frauen seien in Vereinen und Verbänden weiterhin unterrepräsentiert. „Förderstrukturen werden vielfach nicht gendergerecht evaluiert, und auch Infrastruktur sowie Trainingszeiten sind oft ungleich verteilt. Hier braucht es klare Ziele und ein begleitendes Monitoring“, fordert Ammer.



SCHWARZ-BLAUES PREISSCHILD FÜR KLIMATICET

Massiv kritisiert die Grüne Mobilitäts sprecherin **Dagmar Engl** die Verteuerung des Klimaticket, ganz speziell hier im Land. „ÖVP und FPÖ bescheren Oberösterreich das teuerste regionale Klimaticket in ganz Österreich. Unsere Forderung, die Ticketpreise unverändert zu lassen, haben sie gemeinsam mit SPÖ und Neos abgeschmettert. Das ist hochgradig unverständlich und unfair gegenüber den ohnehin teuerungsgeplanten Menschen“, meint Engl. Auf 703 Euro wird der Preis steigen, eine Erhöhung um 19 Prozent und fünfmal so hoch wie die ohnehin enorme Teuerungsrate. „Mehrkosten von satten 110 Euro werden wohl viele neu gewonnene Öffi-Nutzer:innen wieder ins Auto treiben“, mahnt Engl. Damit hat Schwarz-Blau assistiert von SPÖ und Neos die notwendige Mobilitätswende einmal mehr von Stillstand auf Rückschritt gestellt.

KLIMA-PETITION UNTERSCHREIBEN!

Stoppt die Teuerung beim OÖ. Klimaticket!
→ oee.gruene.at/klimaticket



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

17. DEZEMBER 2025

Mein Tagebuch, hast des gwsst?: 2025 war a Quadratjahr. Net nur weils recht grantigkantig bis dreckig-eckig war, des Jahr. Na, 45 hoch zwa ergibt 2025. Des letzte war 1936 mit 44 hoch zwa, des nächste ist 46 hoch zwa dann erst im Jahr 2116. Na bumm. Vielleicht ist der Trump Tower dann a etablierte psychiatri sche Einrichtung. Vielleicht haßen Autos aus China dann Fau We. Oder vielleicht wird dann eh schon gebeamt und net nur gestreamt. Vielleicht san ma dann schon a KI Land und nu immer ka Ki-nderland. Oder vielleicht san die Klimakonferenzen dann längst am Mond mit freiem Blick auf die haßen Rest vom Planeten.

Was wissen ma schon. Des ist sogar nu weiter weg als die Regierungskoalition aktuell von einer Mehrheit.

Was 2025 so war, ist eher klar. Zum Beispiel des Gscher mit de Gwehr. Des Waffengsetz is nach dem Grazer Amok-Irrsinn zwar nimma ganz so löchrig. Aber eigentlich gangats ganz kurz. Bist ka Sportschütz oder Jaga, ist die Aussicht auf a Buffn mager. Und fertig. Dann der Frust beim Gust. Wegen dem Karriere-Boost unter Freund hat er doch wieder an Gruß vom Gricht kriagt. Und natürlich der Jammer mit der Kammer. Hoch san die WK-Gehälter zuerst gestiegen, tief is der Präsident dann gfallen - und dann aus dem Amt. Alles

net so fresh – da halten wir mit Amore Leonore dagegen. Dass die anderen emotional da net mitkommen, sollt uns net stören.

Es bleiben oba so viele Fragen, die sich die Leute für 2026 stellen. Warum zum Beispiel ist der Babler so unverschämt beliebt und wird des a so bleiben? Arbeiten Kurz und Kern wirklich am wichtigsten Comeback seit dem lachsfarbenen Pollunder. Wer ist Martin Winkler-Plan? Macht LR Achleitner für a Frankfurt-Verbindung extra den Pilotenschein? Oder wird aus dem Linzer Flughafen doch a Gewerbegebiet mit versprochenen 600 Arbeitsplätzen? Handelt es sich beim

mysteriösen Unbekannten, der nächtens bei der Rainbach Ostumfahrung flüsternd Löcher gräbt, tatsächlich um LR Steinkellner. Wie lange noch kann die Schwerkraft LR Haibuchners Selbstbewussein zähmen und schließlich: Hat LH Stelzer für nach 2027 wirklich schon Angebote aus der Unterhaltungsbranche?

Aber was uns wirklich interessiert, wer gwinnt uns heuer den Song Contest und gegen wen spün unsre Kicker im WM-Finale. Wahrscheinlich Curacao.

In diesem Sinn, dream on und Prosit

■ MARKUS ECKER

ROBIN FORSTENHÄUSLER
JAKOB HOFFMANN
HELENA POST
JAN RICKERMANN
RONJA ROSSMANN
CHRISTINE ZUNKER (HG.)

KLIMAWANDEL UND GESELLSCHAFTSKRITIK

WER IST SCHULD AN DER KLIMAKRISE?

Während du Bus fährst, fliegt Elon Musk mit dem Privatjet in die Nachbarstadt und Jeff Bezos liegt auf seiner 125 Meter langen Yacht vor Kroatien. Die reichsten 10 Prozent verursachen etwa die Hälfte der globalen Emissionen. Dabei verblassen ihre privaten Klimasünden neben den Auswirkungen ihrer ausbeuterischen Konzerne und fossilen Großprojekte. Was sie produzieren, ist wichtiger als ihr Konsum. Und dass ihre Unternehmen das Klima zerstören, liegt nicht an Bosheit und Gier. Es ist die Logik einer Wirtschaft, der es nicht um Menschen, sondern um Profite geht.

Damit befasst sich das Buch **"Klimawandel und Gesellschaftskritik"**, vorgestellt am 28. Jänner um 19:00 von **Jakob Hoffmann** im Grünen Haus in Linz.

Eine Veranstaltung der Grünen Jugend: gruene-jugend.at

DIE REDAKTION EMPFIEHLT:



NACHHÖREN

Podcast von Michel Reimon: Entscheidendes Wissen

Seit Juni 2025 produziert der ehemalige Grün-Abgeordnete Michel Reimon seinen Podcast. Besprochen wird hier ein Mix aus Kommunikationswissenschaften, Psychologie und Soziologie – als Grundlage unserer Wissensgesellschaft. Was ist z.B. eine wertebasierte Kommunikation, welche Basis aus Moral und Werte bildet unsere Entscheidungsgrundlage im täglichen Leben? Gepaart mit seinem langjährigen Wissen aus der Kommunikationsbranche und vor allem aus der Politik präsentiert uns Michel Reimon Zusammenhänge und erklärt, wie Wissen in unserem Kopf funktioniert. Und wie dieses Wissen in Organisationen und in politischen Systemen wirkt und was es bewirken kann.

entscheidendes-wissen.simplecast.com



NACHESEN

Gräf, Elisabeth/Kellner, Roman: Zweierteams. So gelingt Jobsharing und das Arbeiten zu zweit.

Das Wiener Trainer:innenpaar Elisabeth Gräf und Roman Kellner präsentiert mit ihrem neuen Buch ein umfassendes Kompendium zum Coaching und Selbstcoaching für Menschen, die zu zweit arbeiten, sei es im Rahmen eines Projekts, im klassischen Jobsharing oder als Unternehmerduo. Das Autor:innenpaar verarbeitet darin 30 Jahre eigene Erfahrung und fragt 12 erfolgreiche Zweierteams nach ihren Erfolgsfaktoren. Ergänzende wissenschaftliche Hintergründe, Essays und Übungen bringen nicht nur wertvolle Erkenntnisse, sondern auch großes Lesevergnügen.

www.wortundweise.at/verlag/zweierteams



Diora Fried Abtreibung, 2019; Courtesy the artist, Foto: Joshua White Photography

HINGEHEN

Mädchen* sein!?

Vom Tafelbild zu Social Media

Die Ausstellung im Lentos ist eine faszinierende Zeitreise durch acht Jahrhunderte Kunstgeschichte bis hin zu den Sozialen Medien. Neun Kapitel zeigen den Wandel der unterschiedlichen Vorstellungen von Mädchen und deren Identität werden auf, aber auch, wie hartnäckig alte Rollenzuschreibungen – von der Heiligenfigur bis zur Opferrolle – nachwirken. Die Kuratorin Brigitte Reutner-Doneus präsentiert eindrücklich, wie der „männliche Blick“ Frauen historisch in eine passive Rolle drängte. Die Schau legt den enormen gesellschaftlichen Druck auf weibliche Kinder frei, die heute ein überhöhtes Ideal von „stark, sexy und schlau“ erfüllen sollen. Besonders spannend ist der Dialog zwischen Werken von Picasso und zeitgenössischen Positionen wie Isa Schieche und Borjana Ventzislavova, die Selbstverteidigung und Empowerment thematisieren. Das Spektrum ist riesig, von der „Arbeiterin“ bis zur „Pionierin“...

Bis 06.04.2026 im Lentos



Foto: Wikimedia, Angel76237

NACKOKHEN

Kaspressknedl serviert von

Severin Mayr: 1 Zwiebel, 2 Knoblauchzehen, 2 Eier, 250g Knödelbrot, 250ml Vollmilch, 125g Graukäse, 125g Bergkäse, 1/2 Bund Petersilie, Salz, Pfeffer, Butter zum Anbraten

Die meisten Konflikte im Westen Österreichs finden aufgrund der Unterschiedlichkeit in den jeweiligen Kaspressknedlrezepten statt. Jedes Bergtal hat seine Eigenheit. Manches ist so skurril, um sogar zum Topfen zu greifen. Um den Streit ein für alle Mal zu beenden, greifen wir ein und servieren das ultimative Kaspressknedlrezept aus Oberösterreich. Zwiebel und Knoblauch anschwitzen, Milch leicht erwärmen und mit Knödelbrot vermischen. Danach zerkleinerten Käse, Eier und Petersilie hinzufügen. Salzen und pfeffern. Es folgt die Anwendung des schwarz-blauen Politikverständnisses in OÖ: Absoluter Stillstand (für 20 Minuten statt 1 Dekade) Danach ggfs. etwas Mehl hinzugeben, flache Knödel formen und je Seite ca. 3 Minuten in Butter braten. Nun in der knödelnden 3-Fältigkeit (mit Suppe, Sauerkraut oder Salat) genießen. Mahlzeit!



OÖ.PLANET – JETZT AUCH DIGITAL

Gut für die Umwelt, schneller bei Dir: wenn Du möchtest, schicken wir Dir den oö.planet künftig schnell per E-Mail zu. Füll einfach das Formular unter oeo.gruene.at/digital aus oder scanne den QR-Code oder den oö.planet online nachlesen: oeplanet.at



REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556

Leser:innenzuschriften:

Mail marco.vanek@gruene.at

Tel. 0732/73 94 00

Adressverwaltung: Mag. Richard Steinmetz Mail service.oeo@gruene.at

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneoee

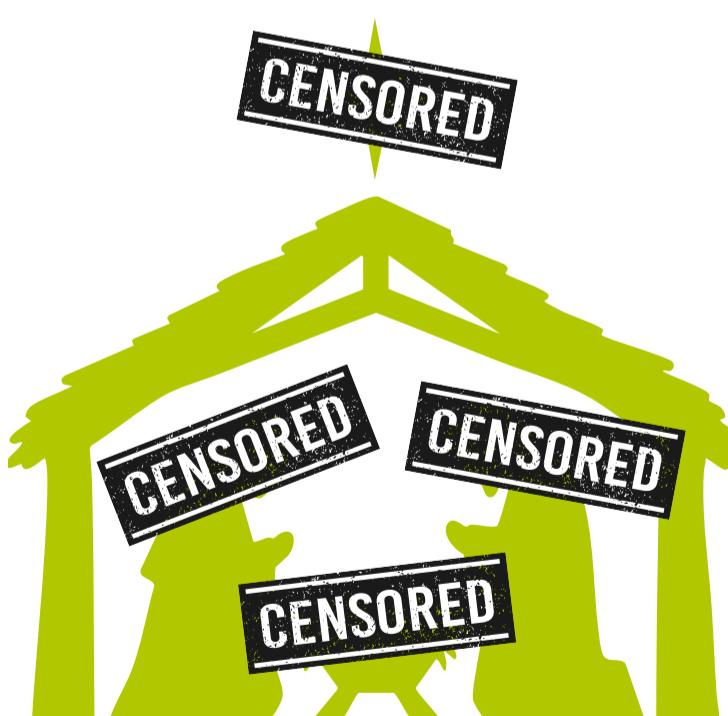
ICH WILL CANCELN!

Achtung, Triggerwarnung: Weihnachten in der Großfamilie

■ RENÉ FREUND

Meine Frau hat zwei erwachsene Kinder aus erster Ehe, ich ebenso. Manche dieser Kinder haben Partnerinnen oder Partner, und wenn spätestens am Stefanitag alle zum gemeinsamen Essen kommen, ist ein gewisses Chaos programmiert. Es beginnt mit den An- und Abreiseplänen, denn eine Patchworkfamilie definiert sich dadurch, dass es andere Mamas und Papas gibt, die ebenfalls Patchworkfamilien-Weihnachten feiern wollen.

Da wir nicht unbedingt zentral wohnen, reisen einige mit dem Zug an, andere mit dem Kleinwagen, die dritten mit dem SUV, aber das soll unkommentiert bleiben. Die Demonstration moralischer Überlegenheit muss auf die Zeit nach Weihnachten verschoben werden! Die Spaltung der Gesellschaft verläuft ja mitten durch die Fa-



milien, und deshalb gebe ich für mich und meine Frau die Devise aus, dass gewisse Themen vermieden werden müssen, dass zum Beispiel Jesus und sein Geburtsort keinesfalls erwähnt werden dürfen. Warum? Weil Nazareth zwischen dem Libanon und dem Westjordanland liegt, und thematisch sind wir dann schon bei Gaza, und ich will nicht über Free Palestine sprechen, und auch nicht über Trumps Friedensnobelpreis. Ich möchte außerdem Diskussionen über Putin, Orban und Kickl vermeiden. Niemand soll mir die CO₂-Bilanz eines Elektroautos vorrechnen, und auch die Themen Gendern und nicht-binäre Identitäten sind tabu. Meine Frau stellt fest: „Aha, du willst also alle Diskussionen canceln?“ Will ich natürlich

nicht, aber zu Weihnachten irgendwie schon.

Die Sache mit dem Essen ist ja schon schwierig genug. Früher hat man es auf die leichte Schulter genommen, da gab es Bratwurst mit Sauerkraut. Heute gilt es, Veganer und Vegetarierinnen zu berücksichtigen, die sich zwar durchaus tolerant zeigen, da sie ein totes Tier in Würstelform auf dem Tisch akzeptieren würden, sofern es biologisch und regional ist. In den veganen Würsteln ist allerdings Gluten enthalten, und wir haben auch eine Glutenunverträglichkeit dabei, und eigentlich soll niemand diskriminiert werden! Die Speisung der Fünftausend damals am See Genezareth war ein Kinderspiel gegen unser Weihnachtsessen. Aber Achtung, Triggerwarnung: Nur ja nicht Jesus erwähnen! Nicht zu Weihnachten.

René Freund arbeitet als Schriftsteller im südlichen Oberösterreich. Sein turbulenten Roman „Swinging Bells“ (Goldmann Verlag) spielt zu Weihnachten.